Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10025

04. 03. 98

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.

Unterstützung der neuen Friedensinitiative zur Beilegung des Westsaharakonflikts

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt die erzielten Vereinbarungen, die das Königreich Marokko und die Frente Polisario zur Durchführung des von den VN vorgesehenen Referendums getroffen haben. Er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß die berechtigten Personen am 7. Dezember 1998 in einem freien, fairen, durch keinerlei militärische, administrative oder andere Zwänge behinderten Referendum über die Frage abstimmen werden, ob sie die Unabhängigkeit oder die Eingliederung in das Königreich Marokko wollen.

2. Der Deutsche Bundestag erwartet von beiden Konfliktparteien, daß sie an der Realisierung der Vereinbarungen konstruktiv mitwirken, alle diesbezüglichen Verabredungen und Verpflichtungen in vollem Umfang einhalten und fristgerecht verwirklichen und das von den VN verkündete Ergebnis des Referendums vorbehaltlos anerkennen. Marokko und die Frente Polisario sollten durch vertrauensbildende Maßnahmen dafür sorgen, daß der unterlegenen Partei die Akzeptanz des Wahlausgangs erleichtert wird.

3. Der Deutsche Bundestag fordert die Konfliktparteien insbesondere auf, noch vor der sog. Übergangsperiode jene Kriegsgefangenen auszutauschen, die vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes als humanitäre Notfälle eingestuft werden. Als einen nachhaltigen Beitrag zur Befriedung des Gebietes würde die Bereitschaft der unmittelbar beteiligten Parteien begrüßt werden, die in ihrer Verantwortung verlegten Anti-Personen-Minen zu räumen.

4. Der Deutsche Bundestag bekräftigt die langjährige personelle, finanzielle und politische Unterstützung des Friedensplanes der Vereinten Nationen durch die Bundesrepublik Deutschland und fordert die Bundesregierung auf, weiterhin die

Bemühungen der Vereinten Nationen zur Verwirklichung des Friedensplans in geeigneter Form zu unterstützen.

Bonn, den 3. März 1998

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Rudolf Scharping und Fraktion
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Begründung

Der Sicherheitsrat der Vereinigten Nationen billigte am 29. April 1991 einstimmig den Westsahara-Friedensplan, der auch die Zustimmung des Königreichs Marokko und der Frente Polisario gefunden hat. Die VN-Friedensmission MINURSO konnte diesen Friedensplan der Weltorganisation bisher nicht umsetzen, weil sich keine der beiden Konfliktparteien in der Frage der Durchführung des Referendums kompromißbereit zeigte. 1997 gab es direkte Verhandlungen zwischen Marokko und der Frente Polisario, die James Baker III im Auftrag des VN-Generalsekretärs Kofi Annan vermittelte. Es gelang, die starren Fronten aufzubrechen und den Friedensbemühungen neue Impulse zu verleihen.

Die in diesen Direktgesprächen erzielten Vereinbarungen, die sich auf einen Verhaltenskodex für die Referendumskampagne, die Identifizierung der Wahlberechtigten, die Rückführung der Flüchtlinge, die Stationierung der Militärkräfte beider Seiten und die Freilassung der Kriegs- und politischen Gefangenen beziehen, sind geeignet, den Friedensprozeß zu verwirklichen. Damit sind die Chancen für eine Durchführung des Referendums unter Leitung der Vereinten Nationen und für eine friedliche Lösung des Westsaharakonflikts erheblich gestiegen. In seinem Bericht vom 13. November 1997 an den Sicherheitsrat schlägt der Generalsekretär der Vereinten Nationen den 7. Dezember 1998 als Termin für das Referendum vor.

Trotz des Neubeginns zur Beilegung des Westsaharakonflikts besteht noch die Gefahr, daß seine Umsetzung wieder auf Hindernisse der Konfliktparteien stößt und in starre Fronten mündet. Selbst ein Scheitern des Friedensprozesses ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht völlig ausgeschlossen. Deshalb sollten die multilateralen und bilateralen Anstrengungen, den Friedensprozeß voranzubringen, unvermindert fortgeführt werden. Dazu war die Verlängerung des Mandates von MINURSO durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein erster Schritt.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333